



dbb
beamtenbund
und tarifunion
saar

Pressemitteilung

16. Januar 2026

Einkommensrunde der Länder

Kein Vorwärtskommen, kein verhandelbares Angebot – TdL riskiert das Scheitern der Verhandlungen!

Nach zwei Tagen ist die zweite Verhandlungsrunde der Länder mit den Gewerkschaften heute ergebnislos beendet worden.

Der dbb-Landesvorsitzende **Sascha Alles** betont hierzu:

„Immer noch sieht die TdL es für nicht nötig an, ein verhandelbares Angebot auf den Tisch zu legen. Die seit November 2025 bekannten Forderungen der Gewerkschaften werden weiterhin pauschal als nicht finanzierbar abgelehnt. Dabei erwartet man, dass wir einen Abschluss in etwa der Höhe eines Inflationsausgleichs akzeptieren sollen, ohne Erhöhungen in 2025, dafür aber mit einer Laufzeit von 29 Monaten!

Der bereits jetzt bestehende Abstand zum TVöD (Bund und Kommunen) ist schon enorm, so dass sich viele Kolleginnen und Kollegen zwei Mal überlegen überhaupt beim Land als Arbeitgeber anzufangen. Mit den von den Ländern nun avisierten Konditionen würde diese bestehende **Gehaltslücke zum Gehaltsloch** vergrößert. Dies ist gerade in Zeiten von Fachkräftemangel das absolut falsche Signal.

Bei solch ungeschickten Verhandlungsmanövern steigt der Frust der Beschäftigten. Daher ist für uns als dbb klar, dass wir bis zur nächsten (und damit letzten) Verhandlungsrunde den Unmut der Kolleginnen und Kollegen gemeinsam auf die Straße bringen werden. **Wir fordern echte Wertschätzung und keine warmen Worte!**

Wir setzen uns weiter klar für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für eine faire tarifliche Entlohnung im öffentlichen Dienst und für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses im TV-L auf die Beamtenschaft und den Versorgungsbereich ein“.

Hintergrund:

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7 Prozent, mindestens um 300 Euro monatlich sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/ Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 200 Euro. Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die letzte Verhandlungsrunde ist vom 11.-13. Februar 2026 vereinbart.